

beziehungsw^{MÄRZ 2014}eise

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- | | |
|---|---|
| <p>1 STUDIE Medienumgang sozial benachteiligter Heranwachsender</p> <p>5 SERIE Wussten Sie, dass ...
... nichteheliche Geburten zunehmend zum Normalfall werden?</p> | <p>6 THEMA Kindliche Autonomie und elterliche Verantwortung</p> <p>8 SERVICE termin: Mulierem fortem
bücher: Das Wechselmodell
Community Studies</p> |
|---|---|

STUDIE

Medienumgang sozial benachteiligter Heranwachsender

Ergebnisse einer Langzeitstudie aus Österreich

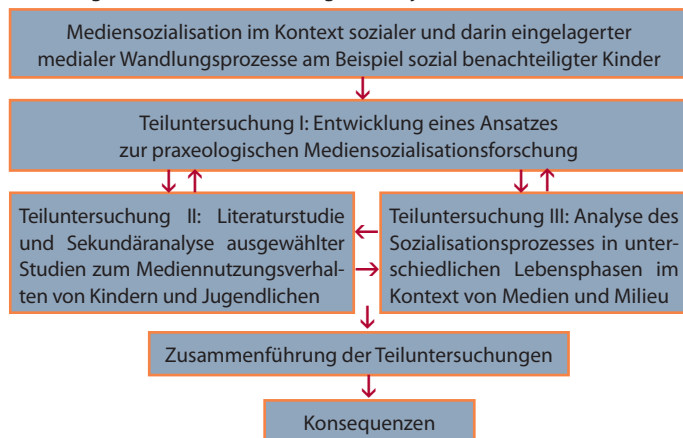
VON INGRID PAUS-HASEBRINK UND JASMIN KULTERER

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht eine Studie zur (Medien-)Sozialisation¹ sozial benachteiligter Heranwachsender in Österreich. Ausgangspunkt der Untersuchung von 2005 bis 2012² waren Analysen, die auf eine zunehmende sozio-ökonomische Kluft in der Gesellschaft hinweisen und davor warnen, dass sozial benachteiligte Kinder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die hohe gesellschaftliche Relevanz von Sozialisationsprozessen steigt auch angesichts medialer Entwicklungen, die die wachsende Bedeutung von Medienangeboten in der Gesellschaft allgemein sowie im Alltag von Menschen im Besonderen belegen (vgl. Krotz 2013: 40ff.) und die Aufmerksamkeit auf die Rolle, die Eltern und Kinder in ihrem Alltag Medien zuschreiben, erhöhen. Vor diesem Hintergrund fragt die Studie danach, wie Eltern und Kinder in sozial benachteiligten Lagen mit Medien umgehen und diese nutzen, um ihren Alltag lebbar zu gestalten und medialen Angeboten vor dem Hintergrund ihrer lebensweltlichen Rahmenbedingungen Sinn zu verleihen.

¹ Publikationen zur „Sozialisationsstudie“, auf die sich dieser Beitrag bezieht, sind z.B. Paus-Hasebrink 2011; Paus-Hasebrink/Bichler 2008; Paus-Hasebrink/Kulterer (in Druck).

² gefördert vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank

Abbildung 1: Überblick über die Anlage des Projekts



Theoretischer Hintergrund

Der Studie liegt ein praxeologischer Zugang der (Medien-)Sozialisationsforschung zugrunde, der die Prozesse des Aufwachsens von Kindern aus einer molaren Perspektive betrachtet und (Medien-)Sozialisation im Zusammenhang der Lebensführung der Familien im Alltag verortet. Auf der Basis von Bourdieus „Theorie der Praxis“ (1979) werden aus der Perspektive des „praktischen Sinns“, der „Praxeologie“ (siehe Weiß 2000), das je individuelle, aber dennoch über die subjektive Repräsentation hinaus weisende Lebensumfeld und die jeweilige darin eingelagerte Lebensführung von

die autorinnen

Univ.-Prof. Dr. Ingrid Paus-Hasebrink ist Leiterin der Abteilung für Audiovisuelle und Online-Kommunikation am Fachbereich Kommunikationswissenschaft und Dekanin der Kultur- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Salzburg.

Mag.^a Jasmin Kulterer, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung für Audiovisuelle und Online-Kommunikation am Fachbereich Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg.

Menschen in ihrem je spezifischen Alltag, in ihren sozialen Räumen, die dem Einzelnen tatsächlich oder symbolisch zur Verfügung stehen, in den Blick genommen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Menschen ihrem Leben vor dem Hintergrund ihrer Alltagsbedingungen Sinn verleihen und wie über dieses praktische Handeln mit den zur Verfügung stehenden „Kapitalien“ Chancen verwirklicht und Identitäten ausgebildet werden. Der Blick gilt in der Studie dabei speziell den jeweiligen Möglichkeiten von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, auch mit Hilfe von medialen Inhalten als zentrale Orientierungsangebote Identität auszubilden und Handlungskompetenz zu erwerben.

Damit verfolgt die Studie in erster Linie das Ziel, Aufmerksamkeit für die Belange sozial benachteiligter Kinder und deren Medienumgang zu schaffen, um eine Vorlage zur Diskussion von Möglichkeiten und Wegen zu bieten, wie die Bedingungen sozial benachteiligter Kinder und ihrer Familien verbessert werden können. Zentral ist vor allem auch, wie ihnen bessere Chancen auf eine angeleitete und reflektierte (Medien-)Sozialisation ermöglicht werden können, in der sie lernen, mit den zentralen Anforderungen, Chancen und Risiken der heutigen Informationsgesellschaft umzugehen und diese für sich nutzbar zu gestalten.

Methode

Die Untersuchung der kindlichen Mediennutzung und Mediensozialisation bedarf des Blicks auf die Lebensführung der gesamten Familie, in der ein Kind aufwächst – ein Ergebnis, das bereits die erste Phase des Projekts von 2005 bis 2007 eindringlich bestätigt hat. Mediensozialisationsforschung muss als Familienforschung angelegt und modelliert werden, um Entwicklungs- und Sozialisationsprozesse von Kindern vor dem Hintergrund der Lebenswelt ihrer gesamten Familie, das heißt mit Blick auf ihre sozio-ökonomische und ihre sozio-emotionale Lage, untersuchen und verstehen zu können. Um Mediensozialisationsprozesse und vor allem individuelle Veränderungen von Kindern im Kontext ihrer Sozialisation nachzeichnen zu können, wurde die Studie als Langzeit-Panelerhebung angelegt. In insgesamt vier Panelwellen (2005, 2007, 2010 und 2012) wird jeweils ein wichtiger Entwicklungsabschnitt im Leben der Kinder aus der Untersuchungspopulation betrachtet – vom Kindergartenalter bis hin zum Ende der mittleren Kindheit.

Ausgehend von einem Lagenmodell sozialer Ungleichheit wurden Merkmalsausprägungen zu sozialer Benachteiligung definiert, die sich an dieser Stelle kurz in „objektive“ (Einkommen,

Bildung, Arbeits-, Wohn-, Umwelt- und Freizeitbedingungen, Geschlecht, Alter etc.) und „subjektive“ Dimensionen (Integration, Prestige und Macht) unterteilen lassen (vgl. Hradil 1999: 28). Da sich im Rekrutierungsprozess die Auswahl anhand subjektiver Dimensionen schwierig gestaltet, wurde das Hauptaugenmerk auf die objektiven Dimensionen gerichtet. Mit Hilfe einer auf dieser Basis erstellten Auswahlmatrix wurden geeignete Teilnehmende über Ämter, Kindererziehungseinrichtungen und persönliche Kontakte rekrutiert und insgesamt 20 Familien ausgewählt, die zunächst über zwei, und nach einer Projektverlängerung über insgesamt vier, Erhebungswellen begleitet und interviewt wurden. Zu Beginn der Studie waren die Kinder zwischen 4 und 6 Jahre alt. Über die Jahre hinweg gelang es nicht immer, alle Familien erneut ausfindig zu machen oder zu befragen; 2012 nahmen von den anfangs 20 somit noch 17 Familien an der Befragung teil.

Die im Zentrum der Studie stehenden Interviews wurden stets mit dem ausgewählten Kind und einem bzw. manchmal beiden Elternteilen bzw. Erziehungsberechtigten geführt.³ Neben den leitfadengestützten Interviews wurden Fragebögen eingesetzt, um Basisinformationen zu Einkommen, Bildungsgrad, Wohnsituation etc. abzufragen und diese zusammen mit von den InterviewerInnen ausgefüllten Beobachtungsbögen zu einer Globalcharakteristik der Familien zu verdichten.

Nach der ersten fallübergreifenden Auswertung wurden in einem weiteren Schritt zu neun im Sinne der Forschungsfrage besonders aussagekräftigen Fällen (etwa Allein-Erziehende, Großfamilien) Fallbeispiele geschrieben, um das Zusammenspiel aller in der (Medien-)Sozialisation beteiligten Faktoren im Kontext näher untersuchen zu können. In einem letzten Auswertungsschritt konnten auf der Basis aller Familien des Samples Familientypen zum Umgang mit den für die (Medien-)Sozialisation von Kindern relevanten Bedingungen sozialer Benachteiligung gebildet werden.⁴

Zentrale Ergebnisse im Überblick

Soziale Benachteiligung ist, wie die Langzeitstudie zeigt, stets als multifaktorielles Phänomen zu

³ Für weitere Erhebungswellen steht mit Blick auf die Konzeption als Familienforschung eine Erweiterung der Befragung an; es sollen die Geschwister, die (im Fall dieser Studie) oft getrennt lebenden leiblichen Väter, die neuen Lebensgefährten und andere Bezugspersonen miteinbezogen werden, die sich im Zuge der Interviews als wichtig für die Kinder herausstellen. Zudem ist die Erweiterung auf Peers geplant, da sich die Kinder in der nächsten Erhebungsphase in der Jugendphase befinden.

⁴ Siehe dazu den Anfang 2014 im Nomos Verlag erscheinenden Band von Paus-Hasebrink und Kulterer.

betrachten, mit dessen Bedingungen jedes Kind bzw. jede Familie auf die jeweils eigene Art und Weise umgeht, und die auf je spezifische Weise den Alltag der Kinder in den Familien prägt; soziale Benachteiligung ist auch keine Einbahnstraße; pauschale Vorab-Urteile verbieten sich daher.

Der Auswertungsschritt zur Bildung einer Familientypologie zum Umgang mit den Bedingungen sozialer Benachteiligung, macht deutlich, dass die Familien der Panelstudie auf ganz unterschiedliche Weise mit den ihre soziale Benachteiligung prägenden schlechteren sozio-ökonomischen Bedingungen umgehen. Ihre jeweiligen Bewältigungsstrategien stehen in einem engen Zusammenhang mit den sozio-emotionalen Bedingungen in den Kernbeziehungsgruppen. Wie es den Familien also gelingt, ihren Alltag zu gestalten, wird geprägt durch das Zusammenspiel sozio-ökonomischer und sozio-emotionaler Bedingungen. Diese beiden Merkmalsdimensionen wurden in ihren unterschiedlichen Ausprägungen bei den Familien im Sample dahingehend überprüft, welchen Stellenwert sie für die Familie haben bzw. welches Problempotenzial zum einen den sozio-ökonomischen und zum anderen den sozio-emotionalen Bedingungen innewohnt und wie die Familien ihren Alltag in diesen Spannungsfeldern bewältigen. Daraus ergab sich folgende Typologie (siehe Abbildung 2):

- Familien des **Typs 1** sind gekennzeichnet durch massive sozio-ökonomische Probleme, die als multiple Deprivation wahrgenommen werden. Sie gelten als die rundherum überforderten Familien, deren sozio-emotionale Beziehungsstrukturen ebenfalls problematisch sind und somit zu einer insgesamt angespannten Situation beitragen. Die Alltagsbewältigung scheitert zwischen den daraus entstehenden Belastungen.
- Familien des **Typs 2** können durch eine zwar bestehende, aber nicht ganz so drastische sozio-ökonomische Belastung, aber insbesondere durch ihre gestörten Familienstrukturen charakterisiert werden. Speziell die sozio-emotionalen Problemfelder überfordern diese Familien.
- Familien des **Typs 3** sind auf Ebene der sozio-ökonomischen Situation weniger belastet als jene von Typ 1 und 2.
- Bei Familien des **Typs 4** zeigen sich wieder deutlichere sozio-ökonomische Belastungen, die aber durch weitgehend stabile Kernbeziehungsgruppen ausgeglichen werden können. Diesen Familien gelingt die Alltagsbewältigung insgesamt besser und sie gehen mit ihren Herausforderungen und Problemen relativ kompetent um.

Abbildung 2: Familientypen und ihre Merkmalsausprägungen

Typus Merkmale	TYP 1	TYP 2	TYP 3	TYP 4	TYP 5
Sozio-ökonomische Situation	Stark belastet	Belastet	Wenig belastet	Belastet	Nicht mehr belastet
Sozio-emotionale Bedingungen und Beziehungsstrukturen	Problematisch	Sehr problematisch	Problematisch	Nicht problematisch	Nicht problematisch
Bewältigungsstrategien	Überfordert	Überfordert	Überfordert	Relativ kompetent	Relativ kompetent

Quelle: eigene Darstellung

- Schließlich gibt es die Familien des **Typs 5**, die sich als Aufsteiger bezeichnen lassen und durch die Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen im Laufe der Studie und überwiegend stabile sozio-emotionale Beziehungsstrukturen gekennzeichnet sind.

Als ein zentrales Phänomen in der Hälfte der Panel-Familien erweist sich die vielfältige Überforderung der Eltern: Sie sehen sich mit der Kombination ihrer sozial benachteiligten Lage und der zuweilen schwierigen sozio-emotionalen Beziehungskonstellationen in der Familie, in der Bewältigung ihres mitunter anstrengenden Alltags, der Kindererziehung und ihrer oftmals mangelnden Mediennutzungskompetenzen überfordert und reagieren darauf mit Lethargie und Resignation. Insbesondere jene Kinder, die in Familien mit problematischen sozio-emotionalen Bedingungen aufwachsen, zeigen sich vielfältig belastet. Sie leiden unter dem insgesamt belasteten oder in einigen Familien auch stark gestörten Familienklima und suchen in dieser Situation in je spezifischer Weise (abhängig von ihren eigenen kognitiven und emotionalen Ressourcen, ihren Entwicklungsaufgaben, mithin ihrem jeweiligen „Eigen-Sinn“) auch in Medienangeboten Hilfestellung – sei dies zur Orientierung oder um sich Bestätigung, Anerkennung und Aufmerksamkeit zu verschaffen oder um Verletzungen und Missachtungen durch die überforderten Eltern zu kompensieren. Dies gilt insbesondere für die Kinder, die in Familien von Typ 2, aber auch von Typ 1 und 3 leben. Die Kinder in diesen Familien benötigen – wie ihre gesamte Familie – in besonderer Weise Unterstützung.

Viele Familien im Sample haben über die Jahre hinweg unterschiedliche Formen eines sozialen Aufstiegs erlebt, auch wenn es sich dabei eher um kleinere sozio-ökonomische, wenngleich für die betroffenen Familien wichtige, Veränderungen

literatur

- Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis – auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Krotz, Friedrich (2013): Aufwachsen in mediatisierten Welten. In: Wijnen, Christine; Trültzsch, Sascha; Ortner, Christina (Hg.): Medienwelten im Wandel. Kommunikationswissenschaftliche Positionen, Perspektiven und Konsequenzen. Wiesbaden: Springer VS, S. 39-54.
- Paus-Hasebrink, Ingrid (2011): Zur Mediennutzung sozial benachteiligter Familien. In: Lange, Andreas; Xyländer, Margret (Hg.): Bildungswelt Familie. Theoretische Rahmung, empirische Befunde und disziplinäre Perspektiven. Weinheim und München: Juventa, S. 167-189.
- Paus-Hasebrink, Ingrid; Bichler, Michelle (2008): Mediensozialisationsforschung – theoretische Fundierung und Fallbeispiel sozial benachteiligte Kinder. Wien: Österreichischer Studienverlag (unter Mitarbeit von Christine Wijnen).
- Paus-Hasebrink, Ingrid; Kulterer, Jasmin (In Druck): Praxeologische Mediensozialisationsforschung. Langzeitstudie zu sozial benachteiligten Heranwachsenden. Perspektiven-Positionen-Projekte. Lebensweltbezogene Medienforschung: Angebote-Rezeption-Sozialisation Band 2. Baden-Baden: Nomos (unter Mitarbeit von Philip Sinner).
- Weiß, Ralph (2000): „Praktischer Sinn“, soziale Identität und Fernsehen. Ein Konzept für die Analyse der Einbettung kulturellen Handelns in die Alltagswelt. In: Medien und Kommunikationswissenschaft, 48. Jg., 1, S. 42-62.

handelt. Gründe dafür waren etwa, dass alleinerziehende berufstätige Mütter neue Partner gefunden haben und sich nunmehr durch zwei Einkommen im Haushalt die finanzielle Situation gebessert hat. Insgesamt zeigte sich aber, dass Großfamilien und alleinerziehende Mütter zu den sozio-ökonomisch besonders stark belasteten Familien zählen. Kausalität zwischen einer Form von sozialer Benachteiligung und einer Form von Mediennutzung und (Medien-)Sozialisation herstellen zu wollen, erschien nach den Ergebnissen der Studie nicht möglich. Dennoch lassen sich für die Familien im Sample gewisse Tendenzen und Gemeinsamkeiten in der Medienausstattung, im Umgang mit Medien und im (Medien-)Erziehungsverhalten feststellen.

Anders als vermutet, sind sozial benachteiligte Familien ausgesprochen gut mit Medien ausgestattet; sie verfügen über eine breite Palette – vom Fernseher über Spielekonsolen hin zu Computern, auch mit Internetanschluss, zu Mobiltelefonen und Smartphones, auch wenn es sich dabei nicht immer um die aktuellsten High-End-Geräte handelt. Auch Bücher sind in den Haushalten zu finden, bei den jüngeren Kindern zunächst vor allem mit crossmedial vermarkteten, aus Film-, Fernseh- oder Computerspielen bekannten Inhalten, und später im Schulalter mit unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung. In Bezug auf die Zugangsmöglichkeiten zu Medien unterscheiden sich Kinder, die in sozial benachteiligten Familien heranwachsen, also nicht wesentlich von anderen Gleichaltrigen.

Ein hervorstechendes Ergebnis zeigt sich im (Medien-)Erziehungsverhalten der Eltern des Panels; nahezu alle untersuchten Eltern setzen Erziehungsmaßnahmen zumeist nur punktuell und bei Bedarf ein, ohne sie den Kindern nachvollziehbar zu erläutern: (Medien-)Gebote und -Verbote werden nicht systematisch eingesetzt, Kommunikation über Medienumgangsweisen findet in den Familien kaum statt. Bei vielen Eltern lässt sich eine große Diskrepanz zwischen eigenen Erziehungsidealen und ihrer tatsächlichen Umsetzung, zwischen Wollen und Können, feststellen. Einige Eltern haben zwar grobe Vorstellungen zur (Medien-)Erziehung ihrer Kinder, doch mangelt es ihnen an einer konsequenten Umsetzung. Einige Eltern kaschieren ihren Erziehungsstil auch als „antiautoritär“.

Gerade diejenigen Eltern, die mit der Nutzung und den Anforderungen neuer technischer Medienentwicklungen selbst überfordert sind oder nur über sehr rudimentäre Kenntnisse verfügen, verweisen die Verantwortung für die Vermittlung

von Medienkompetenzen zumeist an die Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Speziell von den vielfältigen Möglichkeiten des Internets fühlen sich viele Eltern im Sample überfordert; obwohl sie gleichzeitig betonen, dass es sich dabei um für das Berufsleben wichtige Qualifikationen handelt. Die meisten Kinder im Sample bewegen sich daher relativ unwissend im Internet bzw. gehen, aus Angst, Fehler zu machen, sehr zurückhaltend damit um.

Konsequenzen

Wie die vier Familientypen zeigen, verbieten sich einfache Rezepte zur Lösung der Probleme – das „Erfolgsrezept“, mit dem allen Familien geholfen werden kann, gibt es nicht. Insbesondere den sozio-ökonomisch und sozio-emotional stark belasteten Familien ist kaum mit medienpädagogischen Förderkonzepten von Kindern und Eltern zu helfen; sie brauchen sozialpädagogische Hilfe, die Konzepte mit sozialpolitischer Fundierung und ein konsequentes und nachhaltiges Handeln in einem Verbundnetz unterschiedlicher Stakeholder erfordern. Nötig sind dazu umfassende Projekte der Elternbildung sowie Förderprojekte für die gesamte Familie. Denn die Alltagssituation dieser Familien zeigt sich oft so zugespitzt, dass sich weniger das Fernsehen oder das Internet bzw. der Medienkonsum insgesamt als das schwierigste Problem herausstellen als vielmehr die gesamte Lebenssituation in der Familie, deren eines Symptom – nicht die Ursache – ein unangemessen hoher bzw. undifferenzierter Medienkonsum ist.

Eingebettet in eine umfassende sozialpädagogische Unterstützung ließe sich dann auch auf die Vermittlung eines qualifizierten Umgangs mit Medien zielen. Solche dringend notwendigen, umfassenden Projekte der Elternbildung sowie Förderprojekte für die gesamte Familie müssen, um erfolgreich zu sein, gut abgestimmt angelegt und von unterschiedlichen Seiten und Institutionen – vom Kindergarten über die Schule und außerschulische Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen bis hin zu Sozial- und Jugendämtern – getragen werden. Zuweilen ist kaum anderes denkbar, als eine intensive persönliche und längerfristige sozialpädagogische Unterstützung und Begleitung besonders gefährdeter Familien, die an den konkreten Bedingungen und Bedürfnissen der Familien ansetzt und die in der Lage ist, auf die unterschiedlichen Interessenslagen und Bedürfnisse sowie Perspektiven der Familienmitglieder adäquat einzugehen. ■

Kontakt: ingrid.paus-hasebrink@sbg.ac.at

Wussten Sie, dass ...

... nichteheliche Geburten zunehmend zum Normalfall werden?

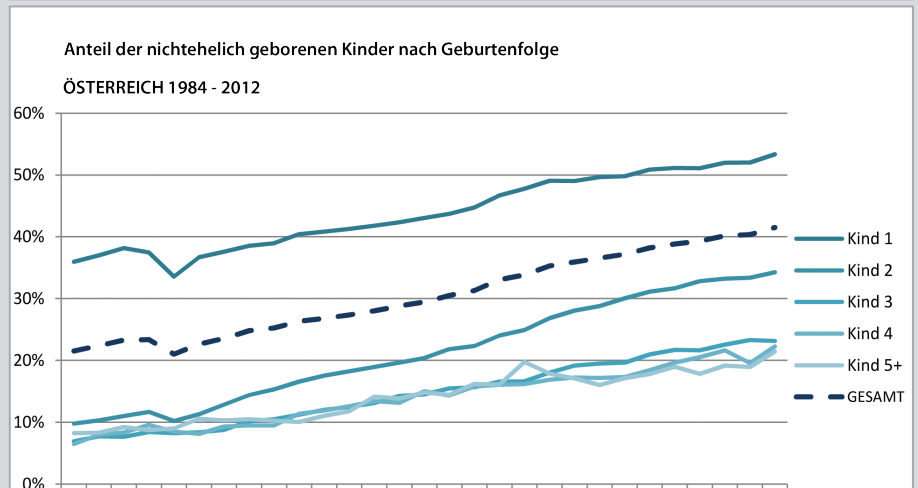
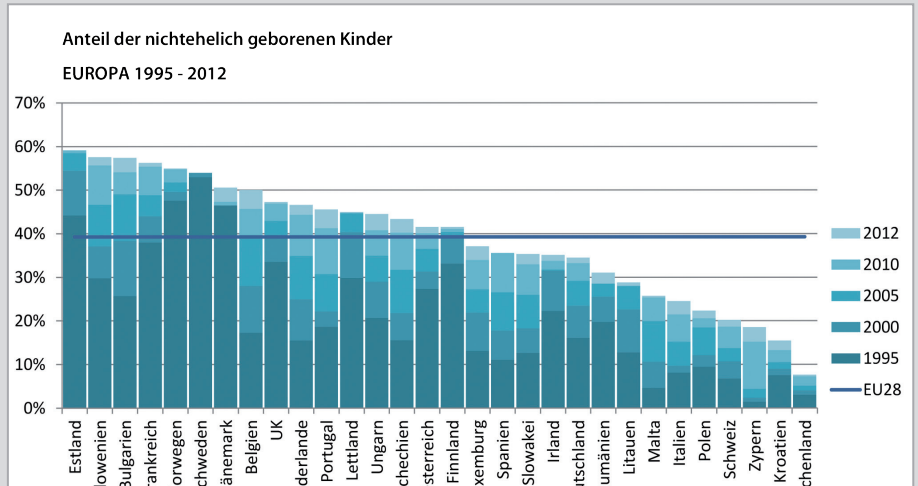
VON NORBERT NEUWIRTH

Seit den 1970er Jahren haben sich Eheschließung und die Geburt des ersten Kindes zunehmend entkoppelt. Die Nichtehelichenquoten sind über alle Länder Europas stark und kontinuierlich auf inzwischen gut 40% gestiegen. Dabei ist hervorzuheben, dass nichteheliche Geburten nicht mit alleinerziehender Elternschaft gleichzusetzen sind. In vielen Fällen heiraten Elternpaare nach der Geburt des ersten, manchmal erst nach der Geburt des zweiten Kindes. Auch etablieren sich permanente nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern im Kanon der vorzufindenden Familienformen.

Der Anteil nichtehelich geborener Kinder unterscheidet sich zwischen den Ländern erheblich und die bisherige Dynamik im Wachstum der Nichtehelichenquoten unterscheidet sich über diesen Kontinent stark. Die noch Ende des vorigen Jahrhunderts führende Position der skandinavischen Länder (inklusive Estland) ist von den ost- und mitteleuropäischen Ländern Bulgarien und Slowenien weitgehend eingeholt worden. Auch in Frankreich sind die schon zuvor relativ hohen Nichtehelichenquoten weiter stark gestiegen. Die höchste Dynamik weisen die Beneluxländer auf, wo sich die Anteile mehr als verdoppelt haben. Aber auch Länder, die zuvor nur geringe Anteile an nichtehelichen Geburten ausgewiesen haben, sowie die katholischen Länder Spanien, Italien, Litauen oder Polen, zeigen deutlich überdurchschnittliche Steigerungsraten.

Österreich liegt mit derzeit 42% gut im europäischen Durchschnitt. Der Nichtehelichenanteil entwickelte sich hierzulande relativ langsam, aber kontinuierlich nach oben. Lediglich im Jahre 1988 – ein Jahr nach der Abschaffung der Heiratsprämie, welche damals die Anzahl der Eheschließungen noch schnell nach oben schießen ließ – kam es zu einem Rückgang der Nichtehelichenquoten. Seit 2006 sehen wir, dass die Mehrzahl der Erstgeborenen unehelich zur Welt kommt – inzwischen sind es über 53%. Die Eheschließung nach Geburt des ersten Kindes ist zwar noch verbreitet, jedoch rückläufig. So ist nachvollziehbar, dass das Wachstum des Nichtehelichenanteils bei Zweitgeborenen einen stärkeren Verlauf widerspiegelt als bei den Erstgeborenen. Inzwischen ist jedes dritte zweitgeborene Baby nichtehelich. Auch Familien

Abbildungen: Anteil der nichtehelich geborenen Kinder; nach Geburtenfolge



Quellen: EUROSTAT; Statistik Austria – Sonderauswertung aus dem Geburtenregister; eigene Berechnungen

mit drei oder mehr Kindern, weisen zwar eine erkennbare langfristige Ausweitung der nichtehelichen Geburten aus, befinden sich aber mit ca. 22% auf noch geringerem Niveau.

Auch innerhalb Österreichs sind deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern erkennbar: Kärnten – hier herrschte immer schon eine höhere Nichtehelichenquote vor – erreicht inzwischen 55%. Zwei von drei Erstgeborenen sind hier nicht ehelich. Am anderen Ende der Skala befindet sich Wien: Aufgrund des hohen Migrantenanteils überwiegen die ehelichen Familiengründungen deutlich. Gerade 34% aller in der Bundeshauptstadt Geborenen (bzw. 43% der Erstgeborenen) werden als nichtehelich registriert. Doch auch hier gilt: Tendenz generell steigend. ■

Kontakt: norbert.neuwirth@oif.ac.at

info

Ehelichkeit von Kindern wird in den europäischen Staaten zwar unterschiedlich definiert, dennoch sind die ausgewiesenen Ehelichen- bzw. Nichtehelichenquoten durchaus vergleichbar. In Österreich liegt Ehelichkeit dann vor, wenn die Mutter zumindest einen Tag der Schwangerschaftsperiode verheiratet war.

Kindliche Autonomie und elterliche Verantwortung – (k)ein Widerspruch?

VON ULRIKE ZARTLER UND MARTINA BEHAM

die expertInnenrunde

Univ.-Prof. Dr. Johann **Bacher**
(JKU Linz, Dekan der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät)
PH-Prof.ⁱⁿ Dr. Doris **Baum**
(Pädagogische Hochschule der Diözese Linz)
Dr. Martina **Beham-Rabanser**
(JKU Linz)
Dr. Andreas **Girzikovsky**
(LSR OÖ)
Mag.^a Michaela **Kern**
(Kinderschutzzentrum Linz)
Dr. Helmut **Sax**
(Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Wien)
Dr. Friedrich **Schwarzinger**
(Rechtsanwalt, Wels)
Mag.^a Barbara **Spranger**
(Institut für Familien- und Jugendberatung, Linz)
Prof.^{FH} PDⁱⁿ Dr. Petra **Wagner**
(Fachhochschule OÖ)
Mag. Christoph **Weber**
(Pädagogische Hochschule OÖ)
Ass.-Prof. Dr. Harald **Werneck**
(Universität Wien)
Mag. Peter **Wienerroither**
(Amt der OÖ. Landesregierung)
Mag.^a Carina **Wiesmayr**
(KJJA OÖ)
Univ.-Ass. Dr. Ulrike **Zartler**
(Universität Wien).

Kindern werden heute in vielen Lebensbereichen mehr Selbstständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten zugestanden als noch vor einigen Jahrzehnten. Dies zeigt sich zum Beispiel in einem veränderten Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, einem selbstbestimmteren Umgang von Kindern mit Medien oder vermehrten Mitsprachemöglichkeiten in der Schule. Je jünger Kinder sind, umso mehr treffen Eltern Entscheidungen nicht *mit* den Kindern, sondern *für* die Kinder. So sind es die Eltern, die darüber entscheiden, ob sie ihr Kind impfen lassen oder nicht, ob die Tagesbetreuung ihres Kleinkindes primär familiär oder institutionell organisiert wird, welchen Kindergarten das Kind besucht, und vieles mehr.

Aber wer legt fest, wann Kinder in Entscheidungsfindungsprozesse aktiv eingebunden werden? Wie gehen Eltern mit der Herausforderung um, ihren Kindern mit steigendem Alter mehr Autonomie zuzugestehen? Wie können Kinder ihre Anliegen ausdrücken, wenn Eltern nicht „im Interesse des Kindes“ entscheiden? Wie passen elterliche Schutz- und Versorgungsverpflichtungen mit Partizipationsrechten von Kindern zusammen?

Diese und ähnliche Fragen diskutierte die Österreichische Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF) im Rahmen eines ExpertInnen-Talks zum Thema „Kindliche Selbstbestimmung und familiäre Verantwortung“ unter Beteiligung von VertreterInnen aus Wissenschaft und Praxis.

Kinderrechte im

Einklang mit elterlicher Verantwortung

Im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention haben Eltern das Recht, aber auch die Pflicht, jedes Kind „in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise angemessen zu leiten und zu führen“ (Art. 5, UN-KRK). Zugleich werden Kinder als TrägerInnen eigener sozialer, kultureller und bürgerlicher Rechte anerkannt, und sie haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung und Partizipation entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife (Art. 12 Abs. 1 UN-KRK).

Das Recht der Kinder auf Partizipation und die Verantwortung der Eltern zu angemessener Unterstützung stehen im Sinne der Kinderrechtskonvention allerdings nicht im Widerspruch, weil sie auf einem Bild vom Kind aufbauen, welches das Kind zum

Träger seiner „evolving capacities“ macht. Das Kind wird, wie im Konzept der Entwicklungsaufgaben (Havighurst 1973) dargestellt, in seiner Entwicklung, seinen zunehmenden Fähigkeiten und seiner wachsenden Verantwortlichkeit gesehen. Eltern wird die Aufgabe zugeschrieben, die Autonomie des Kindes altersadäquat zu fördern und zu unterstützen, denn Kinder haben, wie im B-KJHG 2013 (§1 Abs. 1) formuliert, „ein Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“.

Zentrales Leitprinzip dabei ist das Kindeswohl, das an der Erfüllung physischer Bedürfnisse ebenso festgemacht wird wie an Partizipationsmöglichkeiten. So etwa nennt der Gesetzgeber (§138 ABGB) als ein Kriterium bei der Beurteilung des Kindeswohls die Berücksichtigung der Sichtweisen des Kindes in Abhängigkeit von dessen Verständnis und Fähigkeit zur Meinungsbildung. Dabei ist der Wille des Kindes umso maßgeblicher, je eher es den Grund und die Bedeutung einer Maßnahme einzusehen vermag.

Wird das Kindeswohl hinsichtlich Pflege und Erziehung von Eltern oder sonstigen damit betrauten Personen allerdings nicht gewährleistet, so ist es Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, Unterstützung und Hilfe zur Förderung einer angemessenen Entfaltung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und/oder zur Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern zu gewähren (siehe §3 B-KJHG 2013).

Autonomieunterstützendes Erziehungsverhalten

Zu den elterlichen Erziehungskompetenzen gehört unter anderem das Bewusstsein, dass elterliches Erziehungsverhalten im Entwicklungsverlauf den sich verändernden Autonomiebedürfnissen von Kindern Rechnung tragen soll. Eine strikte Verhaltenskontrolle etwa widerspricht den steigenden Autonomiebedürfnissen von Jugendlichen (Baumrind 2005, Steinberg & Silk 2002). Werden Kinder mit ihren Sichtweisen und Interessen in familiäre Entscheidungsprozesse einbezogen, dann können in Familien die Grundlagen partizipativen Verhaltens erlernt und erprobt werden. Umgekehrt kann eine in der Familie gepflegte Verhandlungskultur zum Trainingsfeld für Partizipationsaktivitäten außerhalb der Familie, etwa in der Schule, werden (Alt et al. 2005). Auch tragen

vermehrte Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Förderung kindlicher Autonomie in Familie und Schule insgesamt zu einer positiven Lebenseinstellung bei und steigern nicht nur das Wohlbefinden im jeweiligen Lebensbereich, sondern beeinflussen sich wechselseitig. Verstärkte Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten in der Schule wirken sich auch positiv auf das kindliche Befinden in der Familie aus. Dieser Effekt kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass demokratisch orientierte schulische Strukturen das Wohlbefinden, die Kompetenzen und die Schulleistungen der Kinder fördern (Bacher et al. 2007) und gute Schulleistungen ein positives familiäres Klima begünstigen.

Autonomieunterstützendes Erziehungsverhalten bedeutet nicht, dass adoleszente Kinder sich selbst überlassen werden. Gefragt ist nicht eine konfrontierende Verhaltenskontrolle, sondern vielmehr koerzive Kontrolle. Dies entspricht einem autoritativen Erziehungsstil, bei dem Eltern feinfühlig auf ihre Kinder eingehen, ihnen geforderte Verhaltensregeln erklären und diese begründen (Baumrind 2005). Autonomieunterstützendes Erziehungsverhalten setzt auf elterliches Monitoring (Informiertheit) über die Belange der Kinder. Zur Umsetzung eines solchen Verhaltens benötigen Eltern entsprechende Informationen und Kompetenzen.

Brisante Fragen, wie weit die Mit- und Selbstbestimmungsrechte von Kindern gehen sollen, stellen sich beispielsweise im Falle einer Trennung oder Scheidung der Eltern.

Elterliche Scheidung – Berücksichtigung des Kindeswillens

Der kindlichen Autonomie im Rahmen elterlicher Scheidung wurde in den vergangenen Jahren rechtlich vermehrt Rechnung getragen, wie Gesetzesänderungen im Bereich des KindRÄG 2001 oder KindNamRÄG 2013 zeigen. Kinder werden zunehmend gehört und erhalten die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern. Mit dem Rechtsinstitut des Kinderbeistandes (§104 AußerStreitG) wurde Kindern bei hochstrittigen Scheidungen eine Stimme gegeben (Barth/Gröger 2010).

Dennoch ist in besonders konflikthaften Fällen vielfach unklar, in welcher Relation Kinderrechte zu Elternrechten und -pflichten stehen, welche Gewichtung hier vorgenommen werden soll und inwieweit der Schutz des Kindeswohls dem Kindeswillen entspricht, beispielsweise bei der Kontakt- und Obsorgeregelung nach einer elterlichen Scheidung (Eich 2012, Figdor 2012).

Alternativ zum gerichtlichen Modell des Kinderbeistandes, der Besuchsbegleitung und verschiedenen Formen der Mediation wird daher bei konflikthaften Scheidungen auch mit anderen außergerichtlichen Trennungs- und Scheidungsverfahren versucht, Vereinbarungen auszuhandeln, die vor allem den Interessen der Kinder verpflichtet sind. In einem Collaborative Law-Verfahren („kooperatives Anwaltungsverfahren“) als außergerichtlichem Trennungs- und Scheidungsverfahren bearbeiten strittige (Ehe-) Partner gemeinsam mit ihren jeweils beauftragten mediativ geschulten RechtsanwältInnen als ihre VertreterInnen Konflikte und suchen nach einvernehmlichen Lösungen. Einbezogen werden dabei als Kindercoaches auch psychologisch geschulte Fachleute. Sie beraten die Eltern, worauf diese angesichts des Entwicklungsstandes und der Bedürfnisse des Kindes bei der Ausarbeitung der Elternvereinbarung achten sollten.

Fazit

Seit der Ratifizierung der Kinderrechtekonvention vor mehr als 20 Jahren wurden rechtlich die Handlungsspielräume kindlicher Partizipation erweitert. Die Förderung kindlicher Autonomie erfordert neben rechtlichen Möglichkeiten aber auch elterliche Erziehungs Kompetenzen und das Bewusstsein, dass kindliche Selbstbestimmung ein Lernprozess ist, dessen Grundlagen wesentlich in der Familie erarbeitet und durch autonomieunterstützendes Erziehungsverhalten gefördert werden können. Aus Sicht der Kinder bietet das Praktizieren von Partizipation und Selbstbestimmung im einigermaßen geschützten Rahmen der Familien große Potenziale, was sich im Weiteren auch in verstärktem Engagement in anderen gesellschaftlichen Bereichen ausdrücken kann. ■

Kontakt

ulrike.zartler@univie.ac.at
martina.beham-rabanser@jku.at
Österreichische Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF), www.oegif.ac.at

Literatur

- Alt, Christian; Teubner, Markus; Winklhofer, Ursula (2005): Partizipation in Familie und Schule – Übungsfeld der Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41, S. 24-31.
- Bacher, Johann; Winklhofer, Ursula; Teubner, Markus (2007): Partizipation von Kindern in der Grundschule. In: Alt, Christian (Hg.): *Kinderleben – Start in die Grundschule. Band 3: Ergebnisse aus der zweiten Welle*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 271-299.
- Barth, Peter; Gröger, Katharina (2010): Das neue Kinderbeistand-Gesetz im Überblick. In: *iFamZ*, 5(4), S. 221-226.
- Baumrind, Diana (2005). Patterns of parental authority and adolescent autonomy. In: Smetana, Judith (Hg.): *New directions for child development: Changing boundaries of parental authority during adolescence*. San Francisco: Jossey-Bass, S. 61-69.
- Bundesgesetz über die Grundsätze für Hilfen für Familien und Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (B-KJHG 2013); BGBl. Nr. 69/2013.
- Eich, Holger (2012): Was ist Kindeswille, und wie bringen Kinder diesen zum Ausdruck? In: *iFamZ*, 7 (6), S. 324-330.
- Figdor, Helmuth (2012): Welches Familiengericht brauchen das Kind, die Eltern, die Gesellschaft? In: *iFamZ*, 7(6), S. 318-323.
- Havighurst, Robert (1973): *Developmental Tasks and Education*. 3rd edition, New York: David Mc Kay.
- Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 – KindRÄG 2001, BGBl. I Nr. 135/2000. http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/2000_135_1/2000_135_1.pdf
- Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz 2013 – KindNamRÄG 2013, BGBl. I Nr. 15/2013.
- UN-Konvention über die Rechte des Kindes (1990): <http://www.unicef.at/fileadmin/media/Kinderrechte/crcger.pdf> (05.12.2013).
- Kinderbeistand-Gesetz 2010; BGBl. I Nr. 137/2009.
- Steinberg, Laurence; Silk, Jennifer S. (2002): Parenting adolescents. In: Bornstein Marc H. (Hg.): *Handbook of Parenting*. Nr. 1, Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum, S. 103-133.

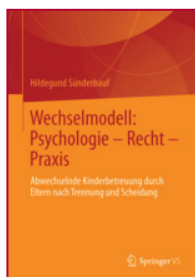
termin

Mulierem fortem

Ein Projekt zum 650-jährigen Jubiläum der Universität Wien

Das Projekt Mulierem fortem stellt aus Anlass des 650-jährigen Gründungsjubiläums der Universität Wien die „Geschichte und Gegenwart“ der Frauen an diesem Haus und in der Wissenschaft in den Mittelpunkt. Das Projekt hat zum Ziel, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kunstschaffende in einem professionell moderierten Austausch und Kooperationsprozess zusammenzuführen. Durch die entstehenden Synergien zwischen Kunst und Wissenschaft wird das Thema Frauen in Wissenschaft und Forschung neu erfahrbar und, metaphorisch wie wörtlich genommen, sichtbar gemacht.

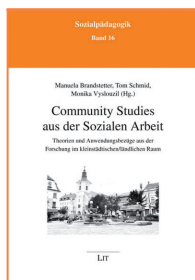
Datum: 28. März 2014
Ort: Universität Wien
Information: www.kalender.univie.ac.at, www.oikodrom.org



Wechselmodell: Psychologie – Recht – Praxis Abwechselnde Kinderbetreuung durch Eltern nach Trennung und Scheidung

Hildegund Sünderhauf, Juristin der Universität Nürnberg, behandelt in diesem umfangreichen Werk wissenschaftlich fundiert und zugleich praxisorientiert psychologische, rechtliche und praktische Fragen des Wechselmodells. Der gesellschaftliche Hintergrund von Kinderbetreuung getrennt lebender Eltern und der Stand der psychologischen Forschung zum Wechselmodell werden dargestellt, die rechtliche Lage in Deutschland analysiert und kommentiert und Empfehlungen für die Praxis weitergegeben. Eines der Kapitel stellt die Angaben zum Stand des Wechselmodells in den USA, Australien, Großbritannien und einigen weiteren europäischen Staaten (Belgien, Frankreich, Schweden, Norwegen und Österreich) exemplarisch hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen, Definitionen und der Verbreitung des Wechselmodells dar.

Literatur: Sünderhauf, Hildegund (2013): Wechselmodell: Psychologie – Recht – Praxis. Abwechselnde Kinderbetreuung durch Eltern nach Trennung und Scheidung. Wiesbaden: Springer VS. ISBN 978-3-531-18340-4, www.springer-vs.de



Community Studies aus der Sozialen Arbeit Theorien und Anwendungsbezüge aus der Forschung im kleinstädtischen/ländlichen Raum

Im Blickfeld dieses Sammelbandes stehen grundlegende theoretische Überlegungen, explorierende Erfahrungsberichte aus politischer sowie sozialarbeiterischer Praxis, Ergebnisse von Kleinstudien sowie methodologische Fragen zu Community Studies im ländlichen Raum. Es ist der Soziale Raum, der – auf unterschiedlichen analytischen Ebenen und aus diversen disziplinären Perspektiven – im Fokus der Betrachtung steht. Die Gemeinde als Bezugsgröße Sozialer Arbeit und als Schnittmenge zwischen helfendem und politischem Handeln wird hervorgehoben.

Literatur: Brandstetter, Manuela; Schmid, Tom; Vyslouzil, Monika (Hg.) (2013): Community Studies aus der Sozialen Arbeit. Theorien und Anwendungsbezüge aus der Forschung im kleinstädtischen/ländlichen Raum. Münster: LIT Verlag. ISBN 978-3-643-50440-1, www.lit-verlag.de

impressum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at/impressum | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch
Fotos und Abbildungen: Springer VS, LIT Verlag (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Grundlegende Richtung des Druckwerks nach § 25 (4) MedienG:

Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.

DVR: 0065528

Österreichische Post AG | Sponsoring Post | Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z031820S